

Forum Europäische Sicherheit 2012

Rolf Clement

Es ist eine Binsenweisheit: In der Krise liegt auch eine Chance. Sie auszuloten, sind in den letzten Monaten immer wieder einige ausgezogen. Dass die Euro-Krise nicht zu einer Krise der EU werden darf, schon gar keine Krise für die Idee eines in Frieden und Freiheit geeinten Europas, ist mittlerweile der Grundkonsens der meisten, die sich mit diesen Themen beschäftigen.

Das die Europäische Union am 10. Dezember den Friedensnobelpreis erhalten wird, unterstreicht diese Haltung in besonderer Weise. Wie bedeutend dieser Preis ist, hat der Kabarettist Harald Schmidt bei der Verabschiedung des Chefs des Kölner Museums Ludwig, Kasper König, mit einer Bemerkung verdeutlicht: In der voll besetzten Kölner Philharmonie meinte er, er habe noch nie vor so vielen Nobelpreisträgern gesprochen. Der Gag hat Hintersinn: Die Leistung, EU-Europa zu einer friedlichen Region gemacht zu haben, haben die Bürger der Region vollbracht – und sei es nur durch die Wahl der Politiker, die dieses Werk operativ geschafft haben. Also müssen die, die die Wähler auf diesen Weg geschickt haben, nun an den Stellschrauben weiter drehen, die diese Errungenschaften sichern und für die Zukunft weiterentwickeln. Diese Stellschrauben zu identifizieren, ist eines der Ziele des Forums Europäische Sicherheit 2012 gewesen, das am 16. Oktober 2012 in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt in Berlin stattgefunden hat. Auf der durch den Mittler Report Verlag in Zusammenarbeit mit der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS), EuroDefense Deutschland und T-Systems durchgeführten Veranstaltung ging es um die Frage, wie die Zusammenarbeit in Europa intensiviert werden kann und wie die europäischen Interessen in der Welt zur Geltung gebracht werden können.

Autor

Rolf Clement ist Mitglied der Chefredaktion Deutschlandfunk und Sonderkorrespondent für Sicherheitspolitik.



Kersten Lahl, der frühere Präsident der BAKS, der durch die Veranstaltung führte, zog einen noch breiteren Vergleich: Er erinnerte an die vielen Kriege, die Europa in den letzten Jahrhunderten heimsuchten. Umso größer ist die Leistung, im letzten halben Jahrhundert Frieden und Ausgleich gestaltet zu haben. Die Risiken, die Lahl dann ausmachte, kommen nicht mehr aus dem Inneren Europas, sondern von außen. Er nannte unter anderem die Verknappung von Ressourcen, die Weitergabe von Massenvernichtungswaffen, den „Arabischen Frühling“, die Finanzkrise, den Zerfall von Staaten, die organisierte Kriminalität und die Migration als Folge des Klimawandels. Es geht also um die Antwort auf diese Herausforderungen. Es wurde auch auf dieser Tagung immer wieder betont, dass das Herausforderungen sind, die ein Staat allein nicht bestehen kann. Also ist man aufeinander angewiesen.

Und da kommt dann doch die Euro-Krise ins Spiel: Ist Europa, vor allem das EU-Europa, durch die Staatsschuldenkrise so gebunden, so gelähmt, dass die anderen Aufgaben zwangsläufig liegen bleiben müssen? Kersten Lahl sagt im Prinzip ja: Europa brauche Initiative, müsse sich fit machen, dürfe in seinen Entscheidungen nicht so zäh sein.

Da knüpfte dann der SPD-Außenpolitiker Hans-Ulrich Klose an. Er begann im eigenen Land: Deutschland habe sich in den letzten Jahrzehnten vornehm zurückgehalten. Diese Politik der Zurückhaltung muss aufgegeben werden, meint Klose. Von Deutschland werde in der Welt erwartet, dass es eine Führungsrolle übernimmt, dass es sich beteiligt und dass es seiner Verantwortung gerecht wird.

Klose gibt damit wieder, was in den Hauptstädten der großen Partnerländer gesagt wird. Dort erwartet man eine intensivere Präsenz der Deutschen an vielen Stellen. Dabei geht es nicht nur, nicht einmal in erster Linie um eine militärische Präsenz oder Beteiligung. Es geht zunächst einmal um politische Mitwirkung. Es ist nicht zu verhehlen, dass kleinere Länder das differenziert sehen. Von da ist schon mal zu hören, dass die Deutschen in einigen Fragen doch sehr präsent seien, ja, fast schon diktierten, wohin die Reise gehen soll. Vor allem im Bereich der Finanzkrise ist dieser Vorhalt immer wieder zu hören.

Es wird also darauf ankommen, die politische Präsenz bewusst zu dosieren. Ulrich Klose stellt aufgrund seiner intensiven und zahlreichen Kontakte in die USA fest, dass die USA mehr Engagement aus Deutschland, dem „Powerhouse Europas“, fordern. Deutschland dürfe kein Land der „Nein-Sager“ werden, wenn es um die Übernahme von Verantwortung geht. Ist das richtig? Wie präsent muss Deutschland sein? Diese Frage spielte später am Tag in einem Disput zwischen Prof. Chris-



(Fotos: BAKS/Schindler)

„Die USA behalten ihre Verpflichtungen in Europa, ordnen aber ihre Schwerpunkte neu“, so der Tenor des US-Botschafters Philip Murphy – das gab genug Anlass zu weiteren Überlegungen

tian Hacke und Botschafter Klaus Scharioth eine Rolle. Die beiden mittlerweile aus der Abgeklärtheit des Ruhestands argumentierenden Experten kamen zu einem vordergründig sehr unterschiedlichen Befund: Hacke kritisierte, dass Deutschland sich bei schärferen Maßnahmen eigentlich immer verweigert. Wenn es wie z.B. in Libyen auch zum Einsatz militärischer Mittel komme, ziehe sich Deutschland immer zurück. Vor allem entsprechende Bitten aus den USA, mehr Verantwortung zu übernehmen, werden aus Deutschland eher ablehnend beantwortet. Nein, entgegnete Scharioth, es sei ganz anders. In vielen Bereichen seien die Deutschen gute und intensiv gefragte Ratgeber für die US-Regierung. Vor allem beim Umgang mit Staaten aus Mittelost- und Osteuropa würde die Expertise aus Deutschland immer sehr geschätzt. Was den beiden offenkundig nicht auffiel (oder was sie auf dieser Tagung nicht thematisieren wollten) ist, dass es völlig unterschiedliche Ebenen sind, über die die beiden sprachen. Es widerspricht sich nicht, dass auf der einen Seite eine enge Kooperation in der politischen Software einer größeren Distanz bei der politischen Hardware gegenüber steht. Was wird am Ende politisch gewichtiger zählen?

Dass das Verhältnis zwischen Deutschland, aber auch Europa zu den USA von entscheidender Bedeutung bleibt, brachten Hans-Ulrich Klose in seiner Analyse auf den Punkt: Die USA werden eine globale Führungsmacht bleiben. Sie verfügen über Bodenschätze, reduzieren immer mehr ihre Abhängigkeit von Energieimporten, können aus eigener Kraft ausreichend Lebensmittel für die Versorgung ihrer Bevölkerung produzieren. Zudem werden die USA noch lange die stärkste Militärmacht auf der Welt sein. Also muss der Wunsch der USA nach einem strategischen Burdensharing ernst genommen werden.

Dazu gehört, so Klose, dass die Europäer

sich um ihre Peripherie selbst kümmern. Die USA behalten ihre Verpflichtungen in Europa, aber sie ordnen ihre Schwerpunkte neu. Das heißt, sie betrachten auch die Lage im Pazifik. Dort haben sie ebenfalls Interessen – bei genauerem Hinsehen allerdings auch wir Europäer. So ergeben sich hier durchaus Bereiche, in denen man zusammenarbeiten kann und muss. Dies ist sicherlich ein Bereich, wo europäische politische Präsenz hilfreich wäre, mahnte unter anderem Prof. Hacke.

US-Botschafter Phillip Murphy betonte, in den USA werde heute nicht mehr überlegt, was man für die Europäer, sondern was man mit ihnen tun könne. Und er nannte den Irak, Afghanistan, Syrien, Libyen und die Sanktionen gegen den Iran. Zudem arbeite man bei der Raketenabwehr sehr eng zusammen. Und das alles, so Botschafter Scharioth, komme nicht von ungefähr: Nur

die USA und EU-Europa stünden für die Werte der Aufklärung.

Wer sich die Liste Murphys genau ansieht, erkennt, dass Prof. Hacke im Kern richtig argumentiert. Was in dieser Diskussion aber zu wenig beachtet wurde, ist, dass die Orientierung der USA auf den Pazifik, die übrigens nicht mit einem Abzug aus Deutschland einhergeht, ihre Ursache darin findet, dass vor allem das EU-Europa heute eine befriedete Region ist, die nicht mehr in dem Sinn wie bisher die Aufmerksamkeit der US-Amerikaner erfordert. Aber diese Bewertung der sicherheitspolitischen Orientierung der USA bedeutet, dass Probleme an der europäischen Peripherie von den Europäern gelöst werden sollen. Klose: Die US-Amerikaner unterstützen, aber sie führen nicht mehr.

Das gilt auch für die europäische Position zur Entwicklung in Nordafrika. Es ist nicht ungewöhnlich, dass bei solchen Tagungen dann aktuelle Themen in den Vordergrund rücken. Das war hier beim Thema Syrien der Fall. Muriel Asseburg, Expertin der Stiftung Wissenschaft und Politik, beklagt, dass in Europa, auch in Deutschland, nicht darüber diskutiert werde, wie die Bevölkerung Syriens vor dem Krieg geschützt werden könne. Schließlich gebe es im Regelwerk der UNO mittlerweile die Pflicht zum Schutz der Bevölkerung. Sie meinte, EU-Europa sei sich da nicht einig. Das allerdings muss verwundern: Die Staaten der EU wie der NATO sind sich sehr einig, dass sie in diesen Konflikt nicht eingreifen wollen. Vielmehr stellt sich die Frage, ob nicht eine Situation entstehen kann, in die die EU-Staaten, wohl eher als NATO-Mitglie-



Das aktuelle Thema Syrien und das geopolitische Umfeld am östlichen Mittelmeer standen bei diesem Panel im Vordergrund der Diskussion

der, hineingezogen werden könnten. Der Nahost-Beauftragte der Bundesregierung, Botschafter Boris Ruge, sieht auch ein hohes Risikopotential in Syrien: Es sei eine Krise von der Dimension Afghanistans oder des Irak. Aber das geopolitische Umfeld am östlichen Mittelmeer ist brisanter. So mahnte Jean-Paul Perruche, der Präsident von EuroDéfense France, dass man nun dafür sorgen muss, ein stabiles Regime für die Zeit nach Assad aufzubauen.

Aber das Forum Europäische Sicherheit wandte sich dann doch wieder den grundsätzlicheren Positionen zu. Muriel Asseburg zog eine eher skeptische Zwischenbilanz des europäischen Umgangs mit der Lage in Nordafrika: Europa habe auf einen Automatismus hin zur Demokratie gehofft. Dazu sei es – zumindest noch – nicht gekommen. Da Europa teilweise protektionistische Regeln habe, hätte es in der Region nicht punkten können. Zudem habe die „Arabellion“ auch zum Inhalt gehabt, dass die Dominanz



v.l.n.r.: Joachim Spatz MdB (FDP), Roderich Kiesewetter MdB (CDU), Thomas Wiegold (Moderator), Johannes Kahrs MdB (SPD), Katja Keul MdB (Bündnis 90/Die Grünen) hören zunächst den Vortrag von Alexander Weis, BMVg

Zusammenarbeit nötig ist. Die Europäer müssen sich da mehr engagieren, mehr gemeinsam, nicht nur europäische Staaten als einzelne. Das wurde noch deutlicher bei der Diskussion über das Instrument Militär. Auch da wird in letzter Zeit immer mehr und intensiver über Zusammenarbeit, über

tagung auch nicht verkneifen konnte. Weis monierte, dass die politischen Grundlagen für eine solche Zusammenarbeit, z.B. in einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, noch fehlten. Aber gerade im Rüstungsbereich müsse noch mehr Kooperation durch eine gemeinsame Industriepolitik erreicht werden. Bei Großprojekten wie dem Eurofighter, der A400M und der Aufklärungsdrohne gebe es eine Zusammenarbeit, aber das reiche eigentlich nicht aus. Dem pflichtete im Wesentlichen Hans-Christoph Atzpodien für die Industrie zu. Er machte deutlich, dass die jeweiligen Regierungen, nicht die NATO oder die EU, im Fahrersitz solcher Rüstungsplanungen säßen. Von da komme das Geld. Wichtig sei, dass Wettbewerb entstehe, dafür aber brauche man gleiche Grundlagen wie Ausschreibungsvorschriften, Bauvorschriften und auch Exportrichtlinien.

Dem CDU-Bundestagsabgeordneten Roderich Kiesewetter blieb fast der Atem weg, als dies so offen ausgebreitet wurde. Man drehe sich seit 15 Jahren im Kreis. Kiesewetter, Mitautor eines bemerkenswerten Papiers über die Weiterentwicklung der europäischen Sicherheitspolitik, forderte, dass Deutschland sich Nachbarländern wie z.B. Polen oder Tschechien als Anlehnungsstaat anbieten sollte. Jedenfalls, da waren sich die Teilnehmer an der Politikerdiskussion, Johannes Kahrs (SPD), Joachim Spatz (FDP) und Katja Keul (Grüne), einig, müsse die europäische Zusammenarbeit geplant werden, sie dürfe nicht zufällig entstehen. Katja Keul berichtete, dass sich die Parlamentarier aus den nationalen Verteidigungsausschüssen nun EU-weit treffen wollen. Spatz forderte, der Planungsstab müsse entsprechende Pläne erarbeiten. Nur: Den hat der Verteidigungsminister gerade abgeschafft.

So gilt am Ende dieser Konferenz: Ja, die Binsenweisheit ist richtig: In der Krise liegt auch eine Chance. Aber diese Chance muss auch genutzt werden. ■



Die Stellungnahmen der Vortragenden boten viel Gelegenheit für Fragen der Zuhörer

anderer Regionen in den arabischen Ländern abgeschüttelt werden sollte. Und so werden auch europäische Konzepte abgelehnt.

Ruge machte deutlich, die EU habe schon Interessen in der Region, und sie würde dort auch gerne handeln. Aber die drei Großen in Europa bestimmen diese Interessen eher national. Die EU spielt eine große Rolle bei den Gesprächen mit dem Iran über die Nuklearpolitik, aber weniger bei der Politik gegenüber den Problemstaaten Jemen und Syrien. Für Deutschland gilt, dass es sich vor allem im Bereich des Konflikts Israel-Palästina engagiert, wo auch der Bundesnachrichtendienst besonders stark vertreten ist.

So wurden einige politische Felder identifiziert, auf denen eine engere politische

„Pooling und Sharing“, über smart defense gesprochen. Es kommt selten vor, dass ein Vertreter der Administration in solchen Fragen unverblümt und schonungslos offen spricht. Diese Ausnahme ist der Unterabteilungsleiter Politik im Verteidigungsministerium, Alexander Weis. Die Absprachen der letzten Monate, also auch die beim NATO-Gipfel in Mai in Chicago, haben keinen signifikanten Anstieg bereits bestehender Zusammenarbeitsprojekte ergeben. Viele NATO-Partner hätten sich konkreten Absprachen entzogen. Es blieben nur die alten Hüte. Zudem seien die Begriffe „Pooling und Sharing“ nicht geklärt, weshalb jeder etwas anderes darunter verstehe, ein Eindruck übrigens, den sich ein Beobachter der jüngsten NATO-Verteidigungsminister-